

Wendelin ETTMAYER (*)

DREI FRAGEN ZUR POLITIK IN AMERIKA

1. Was ist los?

In den USA tobt ein politischer Bürgerkrieg. D.h., jedes der beiden großen politischen Lager will der anderen Seite das Recht absprechen, politisch legitim zu handeln, rechtmäßig zu regieren. Schon zu Zeiten der Präsidentschaft von Barack Obama gab es starke Gruppierungen innerhalb des rechten Lagers, die immer wieder und mit Nachdruck betonten, Obama wäre nicht auf amerikanischem Boden geboren. Damit hätte er, laut US-Verfassung, nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren dürfen. Seine ganze Präsidentschaft war damit illegitim.

Nunmehr gibt es die Beschuldigung, das Lager von Präsident Donald Trump hätte schon während des Wahlkampfes mit Russland „zusammengespielt“, was immer das auch heißen mag. Trump wäre nur mit russischer Hilfe gewählt worden, seine Wahl daher illegitim. Das führt zu einer weiteren Facette des politischen Bürgerkriegs: Politik und politisches Handeln werden kriminalisiert. Schon bei den großen Wahlkampfveranstaltungen von Donald Trump gab es laute Sprechchöre die verlangten „lock her up!“, also werft Hillary Clinton ins Gefängnis. Die Retourkutsche heute: ein Sonderstaatsanwalt, Robert Mueller, wurde mit einer Untersuchung dahingehend beauftragt, wie weit es eine russische Einmischung zu Gunsten Trumps im letzten Wahlkampf gab.

Obwohl sich auch einige Kongress-Ausschüsse mit dieser Frage befassen, konnte bisher nur festgestellt werden, dass ein früherer Wahlkampfleiter von Trump nicht alle Steuern bezahlt hat. Dafür werden von republikanischer Seite bereits massive Forderungen erhoben, Untersuchungen gegen Hillary Clinton einzuleiten, weil in ihrer Zeit als Außenministerin Uranium nach Russland verkauft wurde und natürlich wieder wegen der privaten E-Mails.

Man kann davon ausgehen, dass dieser politische Bürgerkrieg, zu dem auch gehört, dass ständig von Trumps Amtsenthebung gesprochen und geschrieben wird, von seiner geistigen und charakterlichen Unzurechnungsfähigkeit bzw. überhaupt von seiner politischen Unfähigkeit, weitergehen wird.

2. Was hat sich unter Donald Trump tatsächlich geändert?

Innenpolitisch einiges, außenpolitisch wenig. Dabei können die Entscheidungen, die amerikanische Botschaft in Israel nach Jerusalem zu verlegen oder das Iran-Abkommen kündigen zu wollen, als innenpolitische Entscheidungen gewertet werden, weil dadurch ein beachtlicher Teil der Wähler zufrieden gestellt werden soll. Dazu, dass er innenpolitisch einiges anders macht, hat Donald Trump einen Auftrag seiner Wähler. Immerhin wurde er gegen das gesamte Establishment des Landes gewählt: gegen die Führungsschicht in der eigenen Partei; gegen die Demokratische Partei; und gegen führende Medien des Landes. Wenn aber jemand gegen so viel Widerstand von oben dennoch die Oberhand behält, dann heißt das wohl, dass die Unzufriedenheit im Lande sehr groß sein muss und in wesentlichen Bereichen eine andere Politik verlangt wird. Und tatsächlich herrscht im Lande in weiten Kreisen große Unzufriedenheit: die durch Freihandelsabkommen ermöglichte schrankenlose Globalisierung sowie die 12 Millionen illegalen Einwanderer sind dafür nur zwei Beispiele.

Was die illegale Immigration betrifft, so ist dies seit Jahrzehnten ein heißes Thema: schon 2006 wurde ein „Security Fence Act“, damit verbunden der Bau einer 1125 km langen Grenzbarriere zu Mexiko beschlossen. 6000 Mann der Nationalgarde wurden zusätzlich eingestellt. Selbst Paul Krugman, Nobelpreisträger und heute führender Trump-Kritiker hat damals geschrieben, die illegale Einwanderung könne so nicht weitergehen, zu viele Arbeiter in den USA würden dadurch einer

illegalen Konkurrenz ausgesetzt. Die illegale Einwanderung ging weiter und damit hat Donald Trump bei vielen Wählern Anhänger gefunden.

Was die Verlierer der Globalisierung betrifft: in den USA ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie von 1980-2015 von 18 Millionen auf 12 Millionen zurückgegangen. Betroffen waren vielfach weiße Arbeiter aus dem Mittleren Westen, die damit mit dem Abstieg aus dem Mittelstand bedroht waren. Dass Hillary Clinton schon im Vorwahlkampf 2008 Obama vorwarf, er würde zu wenig für die „weiße Arbeiterschaft“ tun und dass viele von denen, die bisher massiv gegen hemmungslose Globalisierung und Freihandelsabkommen auftraten, jetzt gegen entsprechende Maßnahmen sind, wenn sie von Donald Trump gesetzt werden, gehört wohl zu den Eigenheiten der Geschichte, die schwer zu erklären sind.

Außenpolitisch hat sich unter Donald Trump wenig geändert. Wenn Trump zunächst erklärt hat, die NATO sei „obsolet“ und Amerika brauche bessere Beziehungen zu Russland, so wurde ihm diese Politik vom „deep state“, also von jenen, die das Land wirklich regieren- Pentagon und Rüstungsindustrie, CIA und FBI- abgedreht. Die Vereinigten Staaten beanspruchen weiterhin ihre Führungsrolle in der Welt, vielleicht etwas mehr auf bilateraler als auf multilateraler Basis.

3. Wurden die USA isolationistisch?

Bleibt die Frage: wurden die USA isolationistisch; hat sich das Land aus der Welt zurückgezogen und seine Führungsrolle aufgegeben? Trumps Schlachtruf „America first“ wird ja von seinen Gegnern vielfach so interpretiert. Trump wird vorgeworfen, er würde die „bisher unbestrittene Führungsrolle“ seines Landes aufgeben und diese anderen, etwa China, überlassen.

Von einer Selbst- Isolierung der USA, also von einem Rückzug aus der Welt, kann angesichts der gegebenen Situation wohl nicht die Rede sein: immerhin unterhalten die Vereinigten Staaten zur Zeit 622 Militärbasen auf der ganzen Welt; sie haben 240 000 Soldaten in 172 Ländern stationiert, die unter anderem in Afghanistan und im Irak; in Syrien und im Jemen; sowie in Jordanien und Thailand kämpfen. Zusätzlich sind 37 813 Soldaten in geheimen Missionen eingesetzt. (NYT vom 24.10. 2017) Kann man das als „Rückzug von der Welt“ bezeichnen? Eher nein.

„Americ first“ kann man natürlich unterschiedlich auslegen, aber jede amerikanische Regierung der letzten 120 Jahre hat so gehandelt, dass dabei amerikanische Interessen absolut im Vordergrund standen: die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Ordnung diente vor allem amerikanischen Sicherheit- und Wirtschaftsinteressen; Kriege wurden ohne Rücksicht auf Freund und Feind geführt; und die Bindung des Dollar an das Gold wurde ohne Konsolidierung anderer durchgeführt. Ja selbst der eher linke Präsidentschaftskandidat George McGovern ist 1972 mit dem Slogan „Bring America back“ angetreten.

Analysiert man die außenpolitischen Schriften von Henry Kissinger oder Madleine Albright so geht es letztlich immer um die Frage, wie amerikanische Interessen am besten wahrgenommen werden können. Und gerade in den letzten Jahren konnte man feststellen, dass die amerikanischen Bemühungen betreffend „Nation-building“ oder „Regime-change“ sich nicht nur auf die zwischenstaatlichen Beziehungen konzentrierten, die USA waren bemüht, die innerstaatlichen Strukturen anderer Länder entsprechend ihren Vorstellungen zu gestalten.

Grundsätzlich war den Vereinigten Staaten die eigene Souveränität stets wichtiger als die Einbindung in internationale Organisationen oder zwischenstaatliche Verträge: die USA sind demnach nie dem in Kyoto unterzeichneten Umweltabkommen beigetreten; sie haben die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs bekämpft und zahlreiche UNO Konventionen, etwa jene hinsichtlich

der Kindersoldaten oder der Frauenrechte, nie ratifiziert. Es ist daher äußerst scheinheilig jetzt so zu tun, als würde die nicht Ratifizierung des Pariser- Klimaabkommens einen Bruch darstellen. Absichtserklärungen des früheren Präsidenten Barack Obama werden jetzt vielfach als Realitäten dargestellt, was wohl der Wirklichkeit nicht entspricht.

In diesem Sinne ist es wohl richtig, dass Präsident Donald Trump innenpolitisch sehr wohl bemüht ist neue Akzente zu setzen, wobei sein Bemühen, zunächst amerikanische Interessen zu vertreten, wohl nichts Neues ist. Wie auch immer, die Europäer sind sicherlich gut beraten, sich auf ihre eigenen Stärken zu besinnen und dort im eigenen Interesse zu handeln, wo es um die Interessen unserer Bürger geht.

Dr. Wendelin Ettmayer: ehem Botschafter in Finnland und Estland; Kanada und Jamaika; sowie beim Europarat; ehem. Abgeordneter zum Nationalrat; Autor zu Fragen der internationalen Beziehungen; siehe: www.wendelinettmayer.at